

GEORGIEN

Angst vor Invasion

Das Verhältnis zwischen Russland und dem Land der „Rosenrevolution“ wird schlechter. Empört reagierte Moskau vergangene Woche auf das Vorgehen georgischer Militärpolizisten gegen russische Soldaten, die in der Separatistenrepublik Südossetien für Frieden sorgen sollen. Die Männer hatten drei russische Offiziere wegen fehlender Visa hinter Schloss und Riegel gesetzt; nach einem von den Russen verschuldeten Verkehrsunfall waren georgische Einheiten in das Gebiet einmarschiert. Das Parlament in Tiflis will in dieser

Woche darüber entscheiden, ob die Russen-Mission wegen Parteinahme für die Separatisten beendet wird. In Südossetien wie in der abtrünnigen Republik Abchasien dürfte das die Angst vor einer Militärinvasion der georgischen Zentralmacht schüren. Tatsächlich geht Präsident Micheil Saakaschwili, 38, auf Konfrontationskurs zu den Separatisten. Selbst frühere Mitstreiter kritisieren inzwischen öffentlich, er gebe seiner Neigung zum autoritären Regieren nach. Nach Verfassungs- und Gesetzesänderungen darf Saakaschwili den Premier, wichtige Minister, Gouverneure und Bürgermeister ernennen; auch die Ernennung der Richter beansprucht er für sich. Das Land sei unter dem wort-

gewaltigen Staatschef auf einem „falschen Weg“, meint der Vorsitzende der Republikanischen Partei, David Usupaschwili. Auch die vom Präsidenten im Oktober entlassene Außenministerin und frühere französische Botschafterin in Tiflis, Salome Surabischwili, beklagt die „Abwesenheit von Demokratie“: Saakaschwili habe eine „Clan-Herrschaft“ etabliert, seine jungen Gefolgsleute in der Regierung führten sich wie „Neobolschewisten“ auf.

Abchasische Soldaten



PANUEL KASSIN

KOLUMBIEN

Paris als Vermittler

Ein Interessenkonflikt innerhalb der französischen Regierung hat womöglich die Verhandlungen über die Freilassung der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt erschwert. Das behauptet der französische Journalist Jacques Thomet in einem Buch über „Ingrid Betancourt – Herzensangelegenheit oder Staatsräson?“, das zum vierten Jahrestag ihrer Entführung am 23. Februar erscheinen soll. Die kolumbianische Politikerin, die

auch die französische Staatsbürgerschaft besitzt, wird seit 2002 von Rebellen der linksergerichteten Farc-Guerilla als Geisel gehalten. Anfang 2003, so schreibt Thomet, habe ein französischer Geheimagent Kontakt zur kolumbianischen Verteidigungsministerin Martha Lucía Ramírez aufgenommen. Er habe den Auftrag gehabt, mit den Entführern zu verhandeln. Die Europäische Union wollte angeblich die Farc von der Liste terroristischer Organisationen streichen; als Gegenleistung sollten die Rebellen Entführte freilassen.

Der damalige französische Außenminister (und heutige Regierungschef) Dominique de Villepin habe mit dem Botschafter in Bogotá, Daniel Parfait, diesen Plan jedoch durchkreuzt, schreibt Thomet, um über eigene Kontakte Betancourts Freilassung zu erwirken. Betancourt studierte vor 20 Jahren bei Villepin in Paris Politik, Parfait lebt in der französischen Hauptstadt mit ihrer Schwester Astrid zusammen.

Entführte Betancourt (2003)



AP